

Im Zeitalter der allumfassenden fachlichen und technologischen Verwaltungsmodernisierung fällt es den Kommunen schwer, sich am Softwaremarkt sicher zu orientieren. Nachfolgend werden diese Probleme an einem fiktiven Beispiel erläutert und Lösungsansätze in Form gemeinsamer Initiativen aufgezeigt.

(K)ein fiktives Szenario

In Krautstedt wird modernisiert. Die fast schon museumsreife IT-Infrastruktur soll endlich auf einen aktuellen Stand gebracht werden. In der Finanzabteilung freut man sich schon auf bessere Rechner.

Da stößt der Kämmerer, Herr Schmidt, bei der Umstellungsplanung auf ein Problem: Das seit Jahren eingesetzte Finanzverfahren Fixfinanz ist ein "Auslaufverfahren", d. h. der Anbieter entwickelt es nicht mehr weiter und orientiert auf die Nutzung seines Nachfolgeprogramms. Da dieses nun doch etwas anders gestrickt ist, entscheidet sich die Verwaltung für eine Neuausschreibung. Leider fingen damit die Probleme erst an...

Bei der etwas unfreiwilligen Softwarebeschaffung müssen alle möglichen Einsparpotentiale genutzt werden. Die Fa. Lightfinanz lockt mit einer Leasingvariante ihres Verfahrens: Keine Anschaffungskosten, sondern nur monatliche Miete, die bereits die Servicegebühren enthält. Noch günstiger scheint das Verfahren Freefinanz zu sein: Der Anbieter Freesoft will ausschließlich Service berechnen...

Als der Kämmerer beim Finanzmeeting die Aspekte der Verfahrensauswahl anspricht, kommt eine rege Diskussion zustande. Herr Schulz, seit Jahren in der

Landesarbeitsgruppe "Neues Finanzwesen" aktiv, weist darauf hin, dass die Umsetzung der Vorgaben der Innenministerkonferenz noch voll im Gange ist und er vor dem Abschluss der Pilotphasen in Wurzelstedt und Blattstedt eigentlich kein Verfahren empfehlen könne. Zumal schon jetzt die gesamte Wurzelstedter Verwaltung ihre Entscheidung für Newfinanz bereut und eventuell doch noch auf Lightfinanz umstellen will.

Herr Meyer aus der Buchhaltung möchte, wenn schon ein neues Verfahren notwendig sei, endlich die Anordnungen digital signieren können. Hier bremst ihn Herr Fritz vom Hauptamt: In der von ihm besuchten Arbeitsgruppe "Signatur im Amt" hat man gerade erst begonnen, die Unterlagen der Musterprojekte näher unter die Lupe zu nehmen.

Noch komplizierter wird es, als Herr Fritz auch das Ansinnen nach internetgestützter Verfahrensnutzung durch das Controlling ablehnt, weil das "Internetportal-Sicherheitskonzept" noch mit dem Landesdatennetz abgeglichen werden müsse. Herr Schmidt vertagt entnervt die Besprechung. Er ist erstaunt, dass die IT-Modernisierung seiner Verwaltung scheinbar vollkommen an der Finanzabteilung vorbeigeht.

Ein Jahr später nutzt Krautstedt noch immer das Verfahren Fixfinanz. Da dieses Verfahren aktuelle Vorgaben der IT-Abteilung nicht erfüllt, musste rund um die Finanzvorgänge eine IT-Sonderzone gebildet werden. Aus Sicherheitsgründen musste das Internet in diesen Bereichen deaktiviert werden. ... kein zentrales Vorgangsmanagement, ... keine Betriebssystemupdates, ...

All diese Einschränkungen sol-

len temporär sein, aber noch weiß niemand, wann die Zeit für ein neues Finanzverfahren gekommen ist.

Zur Situation

Betrachtet man die Vorgänge in der Krautstedter Verwaltung, so werden drei typische Problemfelder im Zusammenhang mit der fachbezogenen IT-Modernisierung deutlich:

1. Schaffung von Preis- und Leistungstransparenz,
2. Interessenausgleich zwischen IT-Abteilung und Fachamt,
3. Richtige Einbeziehung überregionaler Initiativen

Nachfolgend soll auf diese Aspekte etwas näher eingegangen werden. Die Autoren wollen dabei auch Möglichkeiten aufzeigen, die durch die Plattform "Offener Katalog kommunaler Softwareanforderungen" (OKKSA e. V.) entstehen.

Schaffung von Preis- und Leistungstransparenz

Es ist klar: Bei der Beschaffung ist als Zuschlagskriterium immer von den zu erwartenden Gesamtkosten auszugehen. So sind selbst Open Source Produkte (wie Freefinanz im obigen Beispiel) als künftige Kostenfaktoren genauestens zu bewerten. Hochrechnungen über ca. fünf Jahre sind üblich. Schwierig ist insbesondere die genaue Bewertung der zu erwartenden Kosten für die Einrichtung der neuen Software sowie für die dafür notwendigen Beratungen und Schulungen.

Trotzdem stellt der Preis im Vergleich zu anderen Parametern ein noch recht eindeutiges Bewer-

tungskriterium dar. Nehmen wir an, das neue Krautstedter Verfahren Lightfinanz würde in 5 Jahren ca. 300.000 € und Freefinanz "nur" 70.000 € kosten. Selbst wenn Herr Schmidt überzeugt wäre, dass seine Abteilung mit Freefinanz nicht weit kommt: Er muss dem 230.000 € Preisunterschied ein für alle Beteiligten begreifbares Funktions-/Qualitätspaket gegenüberstellen.

Hier setzt das OKKSA-Konzept an. Denn in ähnlichen Situationen entstehen bundesweit wertvolle Messlatten für Kommunalsoftware. Um deren Nutzbarkeit zu gewährleisten, müssen allerdings durch die OKKSA-Spezialisten zwei Aufgaben gemeistert werden: (1) müssen die organisations- und produktspezifischen Aspekte der jeweiligen Projekte weggefiltert werden und (2) muss eine aus verschiedenster Position begreifbare Systematik dieser Parameter aufgebaut werden.

Interessenausgleich zwischen IT-Abteilung und Fachamt

Vielleicht kommt aber Herr Schmidt gar nicht bis zur Preisdiskussion. Denn sein Problem liegt zunächst im eigenen Haus: Die Funktionsansprüche der Finanzabteilung stehen den konzeptionellen Erwägungen der IT-Abteilung entgegen. Während ihn Herr Fritz als Techniker mit IT-Fachbegriffen, technologischen Erwägungen, Strategien und Integrationsaspekten argumentativ ins Aus stellen will, fragen die unmittelbaren Kollegen, wer denn nun eigentlich mit dem Programm arbeiten soll.

Ein Lösungsansatz könnte es sein, wenn jede Seite beauftragt wird, die jeweils wichtigen Aspekte als gewichtete Auswahlparameter aufzuschreiben.

In der klassischen Verfahrensauswahlsituation einer mittleren Verwaltung dürften sich ca. 120 fachspezifische und 50 fachneutrale Auswahlkriterien ergeben. Das Interessante ist, dass ca. 80% dieser Parameter nicht spezifisch für Krautstedt sind. Auch wenn sie wichtige Auswahlparameter sein mögen (z. B. die Fähigkeit einer Software, einen korrekten Jahresabschluss entsprechend den Finanzgesetzen des Bundeslandes zu erzeugen) - ihre Diskussion bräuchte eigentlich gar nicht in Krautstedt stattfinden.

Genau hier liegt auch einer der wohl wichtigsten Nutzeffekte der OKKSA-Plattform: Mit den offenen Kriterienkatalogen erhält die Verwaltung Hilfsmittel, um aus einer Diskussion über 170 Auswahlkriterien eine Diskussion über 50 Kriterien zu machen. Im Idealfall - und genau das wird durch OKKSA angestrebt - können die 120 anderen Kriterien durch Verweis auf entsprechende Kriterienunterlagen ganz aus den Krautstedter Ausschreibungsunterlagen entfernt werden. Allgemein anerkannte Softwarekriterien müssen nicht durch jeden einzelnen Anwender erkämpft werden - hier entwickelt die Softwarebranche ganz von selbst die notwendige Initiative.

Richtige Einbeziehung überregionaler Initiativen

Trotzdem ist Herr Schmidt seit der letzten Fachtagung noch mächtig irritiert über die vielen parallelen neuen Entwicklungen: NKF, NSM, SAGA, DOMEA, Landesdatennetz, Digitale Signatur, OSCI, X-Standards - dort wo in Beschaffungsprozessen mehr als eine dieser Initiativen bzw. Technologien eine (Vorreiter-)Rolle spielt (und das ist die Regel) ist guter Rat teuer. Wer sagt ihm, was davon für ihn demnächst wichtig wird? Was bedeuten diese Entwicklungen für seine Softwareauswahl? Er kann bisher nur

feststellen, dass das jeweils gewonnene Wissen in Form von sogenannten Best-Practice-Projekten vermittelt werden soll.

Auch wenn er eigentlich keine Vorreiterambitionen hat, was die landesweite Modernisierung des kommunalen Finanzwesens angeht: Um einen Besuch in Wurzelstedt zusammen mit seinem Kollegen Herrn Schulz wird er wohl nicht herumkommen. Da er künftig auf das landesweite Datennetz angewiesen sein wird, wird er auch hier jemanden zum nächsten Strategiemeeting entsenden müssen.

Um die bei Lightfinanz im Preis enthaltenen Signaturkomponente für Anordnungen anwenden zu können, muss er sich wohl auch mit dem 50seitigen Ergebnispapier des entsprechenden bundesweiten Musterprojektes beschäftigen.

Herr Schmidt wird wohl erst einmal abwarten, bis aus all diesen Themen für ihn begreifbare Ergebnisse entstehen. Viele seiner Kollegen werden sich aber einfach für die Softwarelösung der jeweiligen Pilotkommune entscheiden; eine radikale Monopolisierung des Softwaremarktes mit all ihren aus dem letzten Jahrhundert bekannten Negativauswirkungen wäre die Folge.

OKKSA versucht auch hier durch Systematisierung Lösungen anzubieten. Dabei geht es nicht darum, neues Wissen zu generieren, sondern das in den zahlreichen Projekten entstandene Wissen produkt- und anwenderneutral aufzubereiten und in die fachspezifischen Kriterienkataloge einfließen zu lassen. Verwaltungsmodernisierung muss einfacher werden!

Wie funktioniert OKKSA?

Es wird klar, dass seitens OKKSA ein nicht geringer Aufwand für die Schaffung der beschriebenen

Nutzeffekte entsteht. Immerhin wurden seit dem Jahr 2002 neun Kriterienkataloge für verschiedene kommunale Softwareeinsatzbereiche entwickelt.

Es gibt allerdings für alle Beteiligten auch gute Gründe, sich hier zu engagieren: Spezialisten aus Kommunen systematisieren Anforderungen aus Gesetzen und Initiativen in gut moderierten Facharbeitsgruppen - eine Tätigkeit, die auch im Rahmen von Softwarebeschaffungen vor Ort anfällt. Softwarehersteller (die lt. Geschäftsordnung selbst nicht an den Facharbeitsgruppen teilnehmen können), fördern die OKKSA-Tätigkeit, weil zusammengefasste Anwenderwünsche Grundlage der Weiterentwicklung

und Konformitätsnachweise ihrer Software sind.

Die innerhalb des OKKSA e.V. aufgestellten Regeln sorgen dafür, dass im Rahmen der Fachgremien eine effiziente, produktneutrale und nachvollziehbare Diskussion stattfindet.

Trotz des hohen fachlichen Niveaus und der relativ günstigen Verfügbarkeit der bei OKKSA entwickelten Kriterienkataloge ist es bisher gelungen die Tätigkeit des Vereins ohne öffentliche Subventionen voranzutreiben.

Dr. Uwe Schwochert und Roland Wolf sind Vorstandsmitglieder im Verein "Offener Katalog Kommunalen Softwareanforderungen",

WWW.OKKSA.DE

DEUTSCHES AUSSCHREIBUNGSBLATT

Fachorgan für Ausschreibungen der öffentlichen, gewerblichen und privaten Auftraggeber
— vormals BUNDEAUSSCHREIBUNGSBLATT —

eVergabe

sicher + einfach

- ▶ einfache und preiswerte Umsetzung
- ▶ vergaberechtskonform
- ▶ großes Bieterpotential
- ▶ integrierte Vertragsmuster
- ▶ neueste Sicherheitsstandards
- ▶ etablierte Vergabeplattform
- ▶ kostenloser Vergabeunterlagen-Service

Partner von **Vergabe24** – Das Vergabeportal für Deutschland

Jetzt testen!
 Deutsches Ausschreibungsblatt GmbH
 Tel: 0211 - 37 08 48-49 • Fax: 0211 - 38 16 07
 Internet: www.deutsches-ausschreibungsblatt.de
 E-Mail: service@deutsches-ausschreibungsblatt.de

KENNWORT: EVERGABE